Pro EEG

"Der Emissionshandel erzeugt zu schwache Impulse"

Macht das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und die Photovoltaik-Förderung den Klimaschutz ineffizient? Wäre eine Konzentration auf die CO₂-Einsparung besser? ÖP-Chefredakteur Günther Hartmann befragte dazu Prof. Dr. Claudia Kemfert, die beide Instrumente für wichtig hält: das EEG und den CO₂-Emissionshandel.

ÖkologiePolitik: Frau Prof. Kemfert, führt das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und die darin definierte Photovoltaik-Förderung dazu, dass weniger CO₂ eingespart wird, als eigentlich möglich wäre?

Prof. Dr. Claudia Kemfert: Nein, denn die CO₂-Emissionen sinken derzeit fast ausschließlich durch den steigenden Anteil Erneuerbarer Energien. Wenn wir nur den Emissionshandel hätten, gäbe es so gut wie keine Emissionsminderung, da der CO2-Preis aufgrund von Zertifikateüberschüssen und großzügigen CO2-Obergrenzen sinkt und somit keine Anreize für Investition in Technologien emissionsarme liefert. Auch in der Vergangenheit hat der Emissionshandel den Strom aus Fossilen Energien nur gering verteuert und somit viel zu schwache Impulse für die Erneuerbaren Energien erzeugt. Erst die Förderung der Erneuerbaren Energien sorgte dafür, dass sie aus ihrer Nische herauskamen und eine Infrastruktur entstehen konnte, die in der Lage war, immer bessere Qualität und immer größere Mengen zu produzieren bei sinkenden Herstellungskosten. Erst als ihre Leistungsfähigkeit stieg und ihr Preis sank, wurden die Erneuerbaren Energien marktfähig und eine attraktive Alternative.

Bei der Photovoltaik führte die Förderung dazu, dass chinesische Hersteller die deutschen vom Markt verdrängten.

Der Wettbewerb war grundsätzlich erst einmal positiv, denn dadurch sanken die Produktionskosten für Strom aus Photovoltaik-Anlagen massiv. Deshalb wurden die Vergütungssätze für Photovoltaik-Strom gekürzt. Auch chinesische Hersteller leiden wie die deutschen unter Überkapazitäten und Kosten-



Prof. Dr. Claudia Kemfert,
Jahrgang 1968, studierte
Wirtschaftswissenschaft und
ist heute Leiterin der Abteilung
"Energie, Verkehr, Umwelt" am
Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) sowie
Professorin für Energieökonomie und Nachhaltigkeit an der
Hertie School of Governance
– beide in Berlin. Neben zahlreichen Fachartikeln veröffentlichte sie die Bücher "Die andere
Klima-Zukunft" und "Jetzt die
Krise nutzen".

Kontakt: www.claudiakemfert.de

druck. Sie stellen die Photovoltaik-Anlagen größtenteils mit deutschen Anlagen her und haben ähnliche Kostenstrukturen wie die deutschen Hersteller. Es gibt nur einen Unterschied: Die chinesischen Hersteller werden weiterhin massiv finanziell unterstützt und ihre Verluste durch den Staat kompensiert. Da es aufgrund der hohen Überkapazitäten weiterhin Marktbereinigungen geben wird, wäre es wichtig, dass der deutsche Staat in Not geratene Unternehmen nicht im Regen stehen lässt.

Wäre es nicht sinnvoller gewesen, das für die Förderung der Erneuerbaren Energien aufgewendete Geld für Maßnahmen zur Energieeinsparung zu verwenden?

Man sollte eine Maßnahme nicht gegen andere ausspielen. Wir brauchen beides: die Erneuerbaren Energien und die Energieeffizienzverbesserung. Aber man hätte in der Tat dem Energieeinsparen genauso viel Aufmerksamkeit schenken sollen wie den Erneuerbaren Energien. Es ist wichtig, dies nun nachzuholen.

Was muss geschehen, damit der Emissionshandel zu einer deutlichen Senkung der CO₂-Emissionen führt?

Man müsste die überschüssigen Zertifikate vom Markt nehmen. Und die CO₂-Obergrenzen vermindern. Die sollten auch nicht auf 20 Jahre festgelegt, sondern dynamisch angepasst werden. Auf EU-Ebene hat man das Problem erkannt, aber sich bisher nicht gegen Polen durchsetzen können, das gegen eine Anpassung ist.

Wie hoch ist der CO₂-Preis in der EU momentan?

Zu niedrig! Er liegt bei unter 5 Euro pro Tonne CO₂.

Welche Preisentwicklung ist in den nächsten Jahren zu erwarten?

Wenn sich nichts ändert, wird der Preis niedrig bleiben. Sollten sich die Änderungen durchsetzen lassen, könnte er steigen.

Wäre auch bei einem Preis von 50 Euro pro Tonne CO₂ eine Förderung von Erneuerbaren Energie noch sinnvoll?

Dann würden in der Tat genug finanzielle Anreize für die Investitionen in emissionsarme Techniken bestehen. Allerdings: So ein Preis ist niemals politisch durchsetzbar. Viele EU-Staaten würden sich dann massiv gegen den Emissionshandel wehren.

Halten Sie eine individuelle CO₂-Budgetierung für sinnvoll?

Theoretisch schon, aber praktisch ist sie nur schwer umsetz-

BUCHTIPPS

Claudia Kemfert Jetzt die Krise nutzen Murmann-Verlag, 2009 128 Seiten, 12.00 Euro 978-3-86774-076-0







bar. In England gibt es bereits sog. "CO₂-Karten", die man wie eine Handykarte je nach individuellem Verbrauch be- und entladen kann. Der Vorteil ist die Sensibilisierung und Information über die Auswirkungen der Konsumgewohnheiten - der Nachteil ein hoher Verwaltungsaufwand. Die Akzeptanz solcher Karten würde wohl auch sofort schwinden, wenn sich die Bürger beobachtet und gemaßregelt fühlen. Wichtig ist vor allem, über das Thema aufzuklären - natürlich auch im Schulunterricht und für Transparenz zu sorgen, d.h. den "Ökologischen Fußabdruck" bei allen Waren und Dienstleistungen sichtbar zu machen. Wenn ein Bewusstsein für den "Ökologischen Fußabdruck" entsteht, verändert sich das Konsumverhalten und es wäre schon viel gewonnen.

Sind CO₂-Emissionen völlig vermeidbar?

Langfristig schon, aber das wird über ein Jahrhundert dauern. Und momentan verzeichnen wir weltweit einen Anstieg. Es ist nicht damit zu rechnen, dass sich alle Staaten auf verbindliche Minderungsziele einigen. Deshalb sind nationale und multinationale Anstrengungen wichtig. Europa sollte Vorreiter sein und deutlich machen, dass die Vorteile größer sind als die Nachteile, die sich eröffnenden Chancen größer als die Risiken. Umweltschutz ist ein Wachstumsmarkt und es lohnt sich, hier entschlossen zu investieren. Der Emissionshandel ist ein wirkungsvolles Instrument, wenn die Obergrenze für CO₂-Emissionen kontinuierlich und berechenbar sinkt.

Frau Prof. Claudia Kemfert, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

156 – November 2012 Ökologie Politik 15